



Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-  
Rhein-Erftkreis

## **Verwaltung**

Dr. Herbert Berger

Frau Dr. Anne Bunte

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner

Herr Rainer Liebmann

Herr Stephan Neuhoff

Frau Heidrun Nitschke

Frau Johanna Preßmar-Cuber

Herr Bernd Rosenberger

Herr Jörg Simon

Herr Prof. Dr. Gerhard Wiesmüller

## **Schriftführerin**

Frau Evelyne Fuchsberger-Meyer

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Thomas Jentgens

SPD

Herr Thomas Eichmüller

auf Vorschlag der Grünen

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold begrüßt alle Anwesenden zur 8. Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014. Er fragt die Ausschussmitglieder, ob es Einwände zu der von der Verwaltung vorgelegten erweiterten Tagesordnung gäbe.

RM Frau Gärtner dankt der Verwaltung, dass sie die beiden Beschlussvorlagen „Fortführung der kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsstelle“ und „Unbefristete Weiterführung des Konzeptes „Frühe Hilfen“ im Gesundheitsamt mit den Arbeitsbereichen „Clearingstelle“ und „jus“ – jung und schwanger“ heute auf die erweiterte Tagesordnung gesetzt habe. Da es allerdings Tischvorlagen sind, habe jedoch nicht die Möglichkeit bestanden, sich mit den Inhalten vertraut zu machen.

Nach kurzer Diskussion einigen sich die Ausschussmitglieder, die beiden Tischvorlage ohne Votum in den Rat zu schieben.

Der Gesundheitsausschuss ist mit den von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergänzungen einverstanden und legt die Tagesordnung wie folgt fest:

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung

0.1 Vorstellung der Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Erkrankungen einschließlich Aids des Gesundheitsamtes (ohne schriftliche Vorlage)

0.2 Bericht aus der Fluglärmkommission von Herrn Rainer Liebmann, Abteilungsleiter Umweltplanung und -vorsorge des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes (ohne schriftliche Vorlage)

#### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

2.1 Vorstellung der Berufsfeuerwehr Köln und Bericht über die Katastrophenschutz-Übung LÜKEX am 07.09.2010  
4005/2010

2.2 Pflegeberatungsstellen in Köln  
4056/2010

#### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

3.1 Löscheinsätze an Photovoltaikanlagen  
AN/2090/2010

#### **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **5 Beschlussvorlagen**

5.1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft  
1346/2010

5.2 Befristete Weiterführung des Aufbaudienstes des Mobilen Medizinischen Dienstes am Kölner Gesundheitsamt bis zum 31.12.2012  
3187/2010

5.3 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung)  
3370/2010

zurückgezogen

- 5.4 Jahresbericht 2009  
4172/2010
- 5.5 Sanierung der Elektroanlage und Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen auf der Feuer- und Rettungswache 3 (FW 3), Gleueler Straße 223 - 225, Köln-Lindenthal  
3807/2010
- 5.6 Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan)  
Arbeitstitel: "1. Änderung Westlich Schillingsrotter Weg" in Köln-Marienburg  
3361/2010

zurückgestellt

- 5.7 Ersatzbeschaffung von 38 Chemikalienschutzanzügen für die Berufsfeuerwehr Köln über einen 4 Jahres Rahmenvertrag  
3885/2010
- 5.8 Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Haushaltsjahr 2010  
4430/2010
- 5.9 Fortführung der kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsstelle  
3353/2010
- 5.10 Unbefristete Weiterführung des Konzeptes " Frühe Hilfen" im Gesundheitsamt mit den Arbeitsbereichen " Clearingstelle" und " jusch - jung und schwanger"  
3356/2010

## **6 Mitteilungen**

- 6.1 Kampfmittelentschärfung in Köln-Riehl am 29.07.2010  
3603/2010
- 6.2 PFT-Funde im Grundwasser und in Baggerseen zwischen Immendorf und Meschenich; Hier Sachstand zum 15.09.2010  
3827/2010
- 6.3 Schadstoffbelastung in der Grundschule Olpener Straße in Köln-Brück hier: Anfrage der Fraktion Die Linke für den Schulausschuss am 30.08.2010  
3957/2010
- 6.4 Selbsthilfegruppenwegweiser 2010  
4192/2010

- 6.5 Bericht der U 25 Konferenz  
4221/2010
- 6.6 Fast 2.000 Seniorinnen und Senioren besuchten die 2. Aktionstage "gesund & mobil im Alter"  
4287/2010
- 6.7 Hubschrauberbetriebsstation Kalkberg  
3996/2010
- 6.8 Praxisbericht zu den Ergebnissen der Sport- und Gesundheitsförderung in Kita und Jugendarbeit  
4247/2010
- 7 Mündliche Anfragen**
- 7.1 Sachstand der Ausschreibung für den Bodenrettungsdienst
- 7.2 Bildung eines MRE-Netzwerkes in Köln
- 7.3 Wettbewerb "Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen"
- 7.4 Schwäne- und Entensterben am Aachener Weiher

## I. Öffentlicher Teil

### A. **Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung**

Keine

#### 0.1 **Vorstellung der Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Erkrankungen einschließlich Aids des Gesundheitsamtes (ohne schriftliche Vorlage)**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bedankt sich im Namen der Ausschussmitglieder bei Frau Nitschke für die interessante und umfangreiche Darstellung und bittet, die Folien der Präsentation der Niederschrift beizufügen (*Anlage 1*).

Die von den Ausschussmitgliedern SE Herrn Dr. Krebs, RM Frau Gärtner, RM Frau Schmerbach, SB Frau Houben und RM Herrn Paetzold gestellten Fragen werden von Frau Nitschke umfassend beantwortet.

#### 0.2 **Bericht aus der Fluglärmkommission von Herrn Rainer Liebmann, Abteilungsleiter Umweltplanung und -vorsorge des Umwelt- und Verbraucherschutzes (ohne schriftliche Vorlage)**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bedankt sich auch bei Herrn Liebmann für die aufschlussreiche und ausführliche Erläuterung und bittet, die Folien der Präsentation beizufügen (*Anlage 2*).

Herr Liebmann beantwortet eingehend die Fragen der Ausschussmitglieder SE Frau Röhrig, SE Herrn Dr. Krebs, SE Frau Stiller, RM Frau Gärtner und RM Herrn Peil.

### 1 **Gleichstellungsrelevante Themen**

Keine

### 2 **Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

#### 2.1 **Vorstellung der Berufsfeuerwehr Köln und Bericht über die Katastrophenschutz-Übung LÜKEX am 07.09.2010 4005/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

SE Frau Röhrig kann sich nicht vorstellen, dass eine Zuordnung der Verlegungen zu/von öffentlichen bzw. privaten Krankenhäusern bei der Berufsfeuerwehr und bei den Krankentransportunternehmen nicht zu ermitteln sei.

SE Frau Stiller lobt die Katastrophenschutzübung. Sie selber habe mit Kolleginnen und Kollegen ihres Krankenhauses teilgenommen. In einigen Fällen müsse auf beiden

Seiten noch Erfahrungen gesammelt werden. Die Berichte über derartige Einsätze sollten jedoch zukünftig zeitnaher gefertigt werden.

Prof. Dr. Dr. Lechleuthner stellt zur Bemerkung von Frau Röhrig fest, dass die Krankentransportunternehmen eigenständig arbeiten. Die Verwaltung habe hier nur eine Rechts- und Fachaufsicht. Die Unternehmen erfassen die Daten nicht, so dass ein Datenabgleich nicht stattfinden könnte.

## **2.2 Pflegeberatungsstellen in Köln 4056/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Frau Schmerbach hält die vorliegende Antwort der Verwaltung für nicht ausreichend. Sie fragt nach, ob es richtig sei, dass, wenn es kein entsprechendes Angebot seiner Kranken- bzw. Pflegekasse gebe, ein gesetzlich Versicherter auch keine Pflegeberatung erhalten würde.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erläutert, jede Krankenkasse sei verpflichtet, eine Pflegeberatung anzubieten. Sie tun dies in ihrer jeweiligen Struktur. Wie ortsnah und in welcher Intensität sei nicht genau vorgeschrieben. In einigen kleineren Städten gebe es kommunale Pflegeberatungsstellen.

RM Frau Schmerbach erwidert, das bedeute, dass, obwohl es gesetzliche Regelungen gebe, aufgrund von örtlichen Strukturen in einigen Gebieten die Kommunen einspringen, um die vorhandenen Lücken zu schließen. Damit setzen ihres Erachtens die Pflegekassen ihren gesetzlichen Auftrag nicht mehr um.

## **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

### **3.1 Löscheinsätze an Photovoltaikanlagen AN/2090/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis (*Anlage 3*).

Herr Neuhoff beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Wie wird die Gefahr bei Löscheinsätzen für die Mitarbeiter der Berufsfeuerwehr und der Helfer freiwilliger Wehren in Köln bewertet?

Die Gefahr durch elektrische Anlagen sei keine neue Erkenntnis. Der Umgang damit sei fester Bestandteil im Ausbildungsbereich. Die Feuerwehr werde auch im häuslichen Bereich mit elektrischen Anlagen oder im Industriebereich mit Hochspannungsanlagen konfrontiert. Es sei immer damit zu rechnen, dass Transformatoren gelöscht werden müssen. Dafür gebe es entsprechende Anweisungen in den Unterrichtseinheiten, sowohl was die Abstände angehe als auch die Wahl der Löschmittel.

2. Gibt es besondere Anweisungen für Löscharbeiten bzw. sind solche, wie z. B. die Handlungsempfehlungen Photovoltaikanlagen des Deutschen Feuerwehr Verbands, allen Betroffenen bekannt?

Der Deutsche Feuerwehrverband hat Anweisungen herausgegeben, z.B. wie eine Anlage aufgebaut ist und welche Risiken damit verbunden sind. Diese Handreichungen liegen in großer Stückzahl vor und wurden im Bereich der Feuerwehren verteilt.

3. Sind in Köln Fälle bekannt, bei denen es aufgrund des Vorhandenseins einer Photovoltaikanlage zu Verzögerungen im Löscheinsatz gekommen ist?

In Köln habe es keine Einsätze gegeben, bei denen es zu einer Verzögerung durch eine Photovoltaikanlage gekommen sei.

4. Wie wird der Einbau von Notschaltern (sog. Trenn- oder Feuerweherschalter) neben den Haustüren zur Abschaltung des Wechselrichters seitens der Verwaltung bewertet? Gibt es hier ggf. Anreize, die von der Stadt für den Einbau solcher Schalter gegeben werden können?

Bundesweit bemühen sich die Feuerwehren, derartige Notschalter zu erhalten. Alternativen seien, an den Paneelen selber eine Abdrehmöglichkeit oder eine zentrale gut erkenn- und erreichbare Abschaltgelegenheit zu installieren, von der man den gesamten Stromkreislauf Paneelen weise abschalten könne.

#### **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Keine

#### **5 Beschlussvorlagen**

##### **5.1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft 1346/2010**

RM Herr Peil und RM Herr Paetzold stellen übereinstimmend fest, dass der Gesundheitsteil des Konzeptes gut gelungen sei.

Nach einer längeren Diskussion einigen sich die Ausschussmitglieder auf den Beschlussvorschlag des Ausschusses Soziales und Senioren ohne die Beschlüsse zu den einzelnen mündlichen Änderungs- und Ergänzungsanträgen.

#### **Beschluss:**

Ausschussvorsitzender RM Herr Paetzold bringt den nachfolgenden geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Gesundheitsausschuss bestätigt den Beschluss des Integrationsrates vom 09.09.2010 und empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat der Stadt Köln nimmt das „*Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft*“ als Arbeitsgrundlage für die strategische Zielausrichtung und Steuerungsgrundlage der Querschnittsaufgabe „Integration“ in Köln sowie die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen zustimmend zur Kenntnis.

Um dieses zu erreichen, beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung vorbehaltlich der aktuell und in den Folgejahren im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel

1. verwaltungsintern auf der Grundlage vorhandener Ressourcen Arbeitsstrukturen zu schaffen, die die Planung und Umsetzung sowie Kontrolle der Zielerreichungen von notwendigen integrationsfördernden Maßnahmen sowie die erforderlichen Weiterentwicklungen des Konzeptes sicher stellen,

Da der Integrationsrat maßgeblich auch am Umsetzungsprozess beteiligt wird, sind ihm Zwischenauswertungen und –ergebnisse sowie Fortschreibungsüberlegungen zeitnah mitzuteilen,

Die ursprünglichen Punkte 2-5 werden gestrichen und ersetzt durch:

2. Das dem Integrationskonzept beigefügte Maßnahmenprogramm (ab S. 69), das erstmalig einen Überblick über viele Maßnahmen aus allen Bereichen der Verwaltung konkret auflistet, muss dennoch überarbeitet werden. Obwohl enge inhaltliche Zusammenhänge bestehen, wird es verfahrensmäßig kurz- und mittelfristig vom Integrationskonzept abgekoppelt. Die Verwaltung sollte bei der Überarbeitung berücksichtigen, dass an alle wesentlichen Handlungsempfehlungen angeknüpft werden sollte, Prioritäten gesetzt werden, konkrete Schätzungen zu Kosten und Ressourcen erfolgen und die bisherige Trennung zwischen Maßnahmen der Verwaltung und Maßnahme der nichtstädtischen Träger aufgehoben wird. Die Überarbeitung sollte dann in Form eines Workshops, einer Beratungsveranstaltung oder ähnlichem rückgekoppelt werden mit Akteuren, die bereits an der Erstellung des Integrationskonzeptes mitgewirkt haben. Nach einer solchen erweiterten Beratung soll das Maßnahmenpaket im April 2011 den Ausschüssen vorgelegt werden. Der Integrationsrat soll, wie unter Punkt 1 zur Beratungsfolge ausgeführt, beteiligt werden.
3. das vorliegende *Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft* systematisch fortzuschreiben und unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse regelmäßig zu aktualisieren,
4. in regelmäßigen Abständen – spätestens alle drei Jahre - zum Sachstand der Umsetzung und Weiterentwicklung des Konzeptes zu berichten.

Aus den vorliegenden Handlungsempfehlungen sowie aus den später zu entwickelnden Maßnahmen werden von der Verwaltung Einzelvorlagen zur Beschlussfassung durch Fachausschüsse und Rat vorgelegt. Dabei werden Aussagen zu Finanzierungsmöglichkeiten oder zum Finanzierungsbedarf getroffen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

#### **5.2 Befristete Weiterführung des Aufbaudienstes des Mobilen Medizinischen Dienstes am Kölner Gesundheitsamt bis zum 31.12.2012 3187/2010**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold nimmt erfreut zur Kenntnis, dass durch die intensivere finanzielle Beteiligung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KVNO) eine bessere Kostendeckung der Stadt Köln möglich sei.

SB Frau Houben ergänzt, dass die Beteiligung der KVNO etwa der Vergütung in der hausärztlichen Praxis entspreche.

RM Frau Gärtner weist darauf hin, dass seit 1993 die Vereinbarung zwischen der Stadt Köln und der Kassenärztlichen Vereinbarung bestehe. Sie fände es nicht richtig, erneut eine Befristung vorzusehen. Ihre Fraktion würde dieses wichtige Angebot gerne in ein Regelauftrag überführen. Auch die anderen Fraktionen schließen sich dem

Wunsch an, den Mobilen Medizinischen Dienst als festen Bestandteil für die Zukunft weiterzuführen.

Nach einer kurzen Diskussion folgen die Ausschussmitglieder dem Vorschlag von RM Herrn Peil auf Änderung des Beschlussentwurfes.

**Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat folgenden geänderten Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die Weiterführung des Mobilen Medizinischen Dienstes am Kölner Gesundheitsamt. Zur weiteren Durchführung der medizinischen Versorgung wohnungsloser Menschen in Köln durch den Aufbaudienst ab dem 01.01.2011 beschließt der Rat daher:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vertrag mit der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein auf Basis des unter Federführung des Landes NRW erstellten „Umsetzungskonzeptes zur medizinischen Versorgung wohnungsloser Menschen in Nordrhein-Westfalen“ abzuschließen. Die Vertragsverhandlungen sind mit dem Ziel einer höheren Kostenbeteiligung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein am gesamten MMD zu führen.
2. Die unbefristete Einrichtung folgender Planstellen
  - a) 1,0 Stelle Facharzt/Fachärztin VGR. 1b/1a Fgr. 1/1 BAT (jetzt E 15 TVöD) sowie
  - b) 1,0 Stelle Gesundheits- und Krankenpfleger/ -pflegerin VGR. KR VI Fgr. 7 BAT (jetzt E 9A TVÖD).

Die haushaltmäßigen Auswirkungen wurden im Rahmen der Erstellung des Doppelhaushaltes 2010/2011 sowie der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

Der Beschluss des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales vom 15.11.2010 ist als *Anlage 4* der Niederschrift beigelegt.

**5.3 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung) 3370/2010**

Die Beschlussvorlage wird von der Verwaltung zurückgezogen.

#### **5.4 Jahresbericht 2009 4172/2010**

RM Herr Paetzold wundert sich, dass nur noch der Beschluss „Nachhaltige Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Kindern und Jugendlichen“ von 2003 offen sei, und alle danach gefassten Beschlüsse bereits umgesetzt seien.

Zum vorliegenden Sachstandsbericht möchte er wissen, ob nunmehr die 4jährigen-Untersuchungen in den Kindertagesstätten erledigt werden können.

Frau Dr. Bunte weist erneut auf die problematische Situation hin, Kinderärzte zu bekommen. In diesem Jahr konnten 2 Ärztinnen eingestellt werden. Aufgrund von u.a. altersbedingtem Ausscheiden aus dem städtischen Dienst sind allerdings 2010 weitere Stellen vakant. Die Verwaltung hoffe, jetzt entsprechende Ausschreibungen vornehmen zu können. Die Anzahl der Bewerbungen bleibe abzuwarten.

Frau Beigeordnete Klein bestätigt die Erledigung der früheren gefassten Ausschuss-Beschlüsse.

SB Frau Houben bemängelt, dass der Jahresbericht 2009 im November 2010 den Ausschussmitgliedern vorgelegt werde. Damit ist keine aktuelle Sachstandsberichterstattung gegeben. Sie wäre dankbar, wenn ein derartiger Bericht zukünftig zeitnah zum Ende des Jahres erfolgen könne.

Beigeordnete Frau Dr. Klein berichtet, dass dieser Jahresbericht in allen Ausschüssen mit genau dieser zeitlichen Begründung kritisch diskutiert werde und viele Sachverhalte längst überholt seien. Deshalb habe der Oberbürgermeister im letzten Hauptausschuss angekündigt, das ganze Verfahren zu optimieren.

RM Frau Gärtner regt an, keinen Beschlussvorschlag zu formulieren, sondern die Vorlage nur zur Kenntnis zu nehmen.

#### **Beschluss:**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bringt den geänderten Beschlussentwurf zur Abstimmung:

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Jahresbericht 2009 zur Kenntnis und bittet die Verwaltung zukünftig um zeitnahe Vorlage.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

#### **5.5 Sanierung der Elektroanlage und Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen auf der Feuer- und Rettungswache 3 (FW 3), Gleueler Straße 223 - 225, Köln-Lindenthal 3807/2010**

RM Herr Peil hat den Eindruck, dass die Planungskosten im Verhältnis zu den Gesamtkosten relativ hoch seien. Er fragt an, ob es dafür besondere Gründe gäbe.

Herr Neuhoff erläutert, es musste erst einmal der elektrotechnische Bestand erfasst werden, was einen erheblichen Aufwand darstellte.

**Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss stimmt der Erneuerung der Elektroanlage sowie der Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen auf der Feuerwache 3 mit Gesamtkosten von ca. 212.000,00 € zu.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0212 – Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen - zur Verfügung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

**5.6 Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan)  
Arbeitstitel: "1. Änderung Westlich Schillingsrotter Weg" in Köln-Marienburg  
3361/2010**

Die Beschlussvorlage wird von der Verwaltung zurückgezogen.

**5.7 Ersatzbeschaffung von 38 Chemikalienschutzanzügen für die Berufsfeuerwehr Köln über einen 4 Jahres Rahmenvertrag  
3885/2010**

SB Frau Houben begrüßt die Recherche der Verwaltung, ob eine Einkaufsgemeinschaft im Umland gegründet werden könne. Sie möchte wissen, ob die Rückmelder ihre Absagen begründet haben.

Herr Neuhoff macht deutlich, dass hier überwiegend kleinere Feuerwehren Rückmeldungen gegeben haben, die zurzeit keinen Bedarf hatten. Insgesamt sei das Thema, wie gemeinsame Beschaffungen optimaler organisiert werden können, bei den großen Berufsfeuerwehren auf den Tagesordnungen.

**Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss erkennt die Notwendigkeit der Ersatzbeschaffung von 38 Chemikalienschutzanzügen für die Berufsfeuerwehr Köln über einen 4 Jahres Rahmenvertrag an und beauftragt die Verwaltung, die Vergabe zur Durchführung der Maßnahme zu veranlassen.

Der Gesundheitsausschuss verzichtet darauf, die Vergabeentscheidung selbst zu treffen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

**5.8 Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Haushaltsjahr 2010  
4430/2010**

RM Herrn Paetzold interessiert, warum der Gesundheitsladen und die Servicestelle der Selbsthilfe-Kontaktstelle so hohe Zuschüsse erhalten und ob es sich da gegebenenfalls um Mietkosten handele.

Herr Simon bestätigt dies. Der Gesundheitsausschuss habe im Jahre 2001 beschlossen, die Folgekosten der Service-Zentrale der Selbsthilfe-Kontaktstelle aus den zur Verfügung stehenden Mitteln für Selbsthilfegruppen zu zahlen. Des Weiteren einigten sich der Gesundheitsausschuss seinerzeit darauf, den Gruppen, sofern beantragt, die Mietkosten zu bezuschussen.

SE Herrn Dr. Krebs fällt auf, dass der Bereich der Selbsthilfegruppen für Alkoholkrankte nicht mit aufgeführt sei.

Frau Dr. Bunte erklärt, dass für die Gruppen im Suchtbereich an anderer Stelle eine Gesamtsumme bereitgestellt und dann über eine Dachorganisation weiter verteilt werde.

**Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss beschließt, entsprechend der Empfehlung des gemeinsamen Unterausschusses „Selbsthilfegruppen“ des Gesundheitsausschusses sowie des Ausschusses für Soziales und Senioren, im Haushaltsjahr 2010 die Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich – unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2010/2011 - gemäß der beigefügten Anlage zu fördern. Mittel stehen im Teilplan 0701 -, Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, zur Verfügung.

Die Restmittel werden der Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln zur Unterstützung städtisch nicht geförderter, originärer Selbsthilfegruppen zur Verfügung gestellt. Sie dienen der Förderung von Aktivitäten, die aufgrund der geringen Antragshöhe (bis 520 €) nicht vom Gesundheitsamt bezuschusst werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse - abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen - im Rahmen der haushaltsrechtlichen Regelungen, zu bewilligen und auszuzahlen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

**5.9 Fortführung der kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsstelle  
3353/2010**

*(Anlage 5)*

**Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss schiebt die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

**5.10 Unbefristete Weiterführung des Konzeptes " Frühe Hilfen" im Gesundheitsamt mit den Arbeitsbereichen " Clearingstelle" und " jung und schwanger"**  
**3356/2010**

(Anlage 6)

**Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss schiebt die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

**6 Mitteilungen**

**6.1 Kampfmittelentschärfung in Köln-Riehl am 29.07.2010**  
**3603/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold dankt im Namen des Ausschusses allen Personen, die an der Aktion beteiligt waren, für die gut organisierte Evakuierung.

**6.2 PFT-Funde im Grundwasser und in Baggerseen zwischen Immendorf und Meschenich; Hier Sachstand zum 15.09.2010**  
**3827/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

SB Frau Barion teilt mit, sie habe Rückmeldungen von Betroffenen erhalten mit dem Hinweis, dass die Verwaltung ausgesprochen kooperativ und kommunikativ gehandelt habe. Ihr besonderer Dank gilt Herrn Professor Dr. Wiesmüller vom Gesundheitsamt.

Sie weist darauf hin, dass der Sachstand per 15.09.2010 beschrieben sei und möchte wissen, wie der weitere Verlauf sei.

Herr Professor Dr. Wiesmüller bedankt sich und erklärt, dass die Verwaltung derzeit eine Veranstaltung in Kooperation mit dem Umwelt- und Veterinäramt für die Betroffenen vorbereite, die noch vor Weihnachten stattfinden solle. Es sollen auch weitere Verlaufsuntersuchungen angeboten werden.

SB Frau Houben stellt fest, dass in der schriftlichen Antwort der Verursacher namentlich nicht aufgeführt wurde. Mittlerweile war der Firmenname in der Zeitung zu lesen, so dass die Anonymität in der Mitteilung nicht mehr hätte gewahrt werden müssen.

Sie fragt die Verwaltung, ob es eine Aufstellung gäbe, wie viele Werkfeuerwehren den PFT-haltigen Löschschaum noch verwenden?

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu.

Herr Professor Dr. Wiesmüller merkt an, dass bei der Erstellung der Mitteilung noch nicht ganz klar gewesen sei, wer als Verursacher in Frage käme.

**6.3 Schadstoffbelastung in der Grundschule Olpener Straße in Köln-Brück  
hier: Anfrage der Fraktion Die Linke für den Schulausschuss am  
30.08.2010  
3957/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Frau Gärtner weist darauf hin, dass es nicht zum ersten Mal Probleme mit Schulcontainern gegeben habe. Ihrer Fraktion gehe es darum, dass in zukünftigen Fällen die Verwaltung den Schulen Verhaltensanleitungen an die Hand geben solle, damit evtl. auftretende Ängste bei den Eltern, Kindern und bei der Lehrerschaft durch entsprechende Informationen gemildert werden können.

SE Frau Röhrig bemerkt zu Punkt 4 -Fazit/weiteres Vorgehen- zum Hinweis der mechanischen Lüftungsanlage, ob es einen Wartungsplan gäbe und wer die Wartungsarbeiten übernimmt.

Beigeordnete Frau Dr. Klein macht deutlich, dass beide Anmerkungen in den Zuständigkeitsbereich der Gebäudewirtschaft fallen. Die Schulverwaltung habe Absprachen mit der Gebäudewirtschaft getroffen, alle neuen mobilen Einheiten durchzumessen. Die Fragen zur Wartung der mechanischen Lüftungsanlage werden an die Gebäudewirtschaft zur schriftlichen Beantwortung weitergeleitet.

RM Herr Peil berichtet aus dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft, dass dies ein Mangel sei, den die Firma, die die Container geliefert haben, zu beseitigen habe. Es solle eine stärkere Kontrolle seitens der Verwaltung erfolgen.

**6.4 Selbsthilfegruppenwegweiser 2010  
4192/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**6.5 Bericht der U 25 Konferenz  
4221/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**6.6 Fast 2.000 Seniorinnen und Senioren besuchten die 2. Aktionstage "gesund & mobil im Alter"  
4287/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

SE Herr Dr. Krebs lobt die vom Gesundheitsamt ausgewählte Örtlichkeit Gürzenich und die gute Vorbereitung und Organisation. Wenn möglich, sollte bei zukünftigen Veranstaltungen erneut auf eine gute verkehrsmäßige Anbindung Wert gelegt werden.

SE Frau Stiller bewertet die Veranstaltung als sehr erfolgreich. Auch einige Krankenhäuser und Krankenkassen hätten teilgenommen. Sie habe von Porzer Seniorinnen und Senioren gehört, dass diese extra in die Stadt gefahren seien, um die Veranstaltung zu besuchen.

Zum Fragebogen fragt Frau SE Stiller nach, wie die Auswertung der Zufriedenheit der Befragten aussehe.

Frau Dr. Bunte erläutert, dass zum Zufriedenheitsgrad der Ausschuss eine Auswertung von der Verwaltung erhalten werde.

## **6.7 Hubschrauberbetriebsstation Kalkberg 3996/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Stadtdirektor Kahlen erinnert an die Vorinformations-Veranstaltung am 02.11.2010 zu diesem Thema. Er weist auf Seite 22 der Verwaltungsmittteilung hin. Dort sei der gegenwärtige Arbeitsauftrag in 4 Punkten dokumentiert.

Zu den einzelnen Verfahrenspunkten gibt er aktuelle umfangreiche Erläuterungen. Alle den Ausschussmitgliedern heute vorliegenden Unterlagen stehen im Internet der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bedankt sich für die weiteren Ausführungen.

Im Laufe der Diskussion, an der sich die Ausschussmitglieder RM Herr Paetzold, RM Herr Peil, RM Frau Gärtner, SB Frau Houben und SE Frau Röhrig beteiligen, wird deutlich, dass damit gerechnet wurde, eine entsprechende Beschlussvorlage in der Dezember-Ratssitzung vorgelegt zu bekommen. Der Punkt 1 der Auflistung - Prüfung des Angebotes der Geschäftsführung der Flughafen Köln/Bonn GmbH - sei überflüssig, da der Rat eine Entscheidung zum Standort Kalkberg getroffen habe.

Herr Stadtdirektor Kahlen erläutert, dass die Anordnung der sofortigen Vollziehung vom 27.10.2010 sei. Darin sei die Bezirksregierung Düsseldorf davon ausgegangen, dass kurzfristige Verbesserungsmöglichkeiten, z.B. durch die Nutzung eines anderen Interims-Standortes, nicht erkennbar seien.

Einen Tag später sei das schriftliche Angebot des Flughafens mit einem neuen besseren Standort am Hangar 6 eingegangen. Zur Sicherung der Anordnung der sofortigen Vollziehung sei er gezwungen, dieses Angebot zu prüfen und gerichtsfest abzuarbeiten. Da auch das Gespräch mit den Erben der verstorbenen Klägerin, die Prüfung des Flughafenangebotes und die Prüfung der GSE-Kalkulation anstehe, sei es besser, die vier Punkte bis Mitte Dezember 2010 abzuwickeln, um dann eine Beschlussempfehlung

lung für die Ratssitzung am 01.03.2011 vorzulegen. Diesen Zeitraum benötige die Verwaltung auch, um eine Bürgerinformation vorzubereiten.

## **6.8 Praxisbericht zu den Ergebnissen der Sport- und Gesundheitsförderung in Kita und Jugendarbeit 4247/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **7 Mündliche Anfragen**

### **7.1 Sachstand der Ausschreibung für den Bodenrettungsdienst**

SB Frau Barion bittet die Verwaltung, nähere Einzelheiten zur Ausschreibung für den Bodenrettungsdienst mitzuteilen.

Herr Stadtdirektor Kahlen teilt mit, dass am 17.11.2010 die Angebote geöffnet würden. Die Entscheidung über den Zuschlag soll in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 22.02.2011 vorgelegt werden.

### **7.2 Bildung eines MRE-Netzwerkes in Köln**

RM Herr Dr. Strahl bittet die Verwaltung um einen Sachstandsbericht.

Frau Dr. Bunte teilt mit, dass die entsprechende Beschlussvorlage noch im Abstimmungsprozess sei.

Herr Stadtdirektor Kahlen ergänzt, sie werde am 07.12.2010 dem Gesundheitsausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

### **7.3 Wettbewerb "Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen"**

SB Frau Houben weist darauf hin, dass es einen Wettbewerb der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und der Drogenbeauftragten der Bundesregierung zur „Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen“ gebe. Alle deutschen Städte, Kreise und Gemeinden können sich beteiligen. Es sei ein Preis in Höhe von 60.000 Euro ausgelobt, ergänzt durch einen Sonderpreis des GKV-Spitzenverbandes von 10.000 Euro.

SB Frau Houben fragt, ob die Stadt Köln beabsichtige, sich an diesem Wettbewerb zu beteiligen.

Frau Dr. Bunte bestätigt die Teilnahmeabsicht.

Herr Dr. Berger ergänzt, dies sei eine sehr gute Möglichkeit zur engen Kooperation zwischen Gesundheits- und Jugendamt. Hier könnte die gesamte Palette der Präventionsmaßnahmen als Komplettangebot einer Stadt dargestellt werden.

#### **7.4 Schwäne- und Entensterben am Aachener Weiher**

SE Frau Röhrig möchte von der Verwaltung wissen, ob das Gesundheitsamt Kenntnis von gesundheitlichen Problemen bei der Bevölkerung wegen der Verunreinigung des Wassers bekommen habe.

Frau Dr. Bunte verneint dies.

---

Paetzold  
(Ausschussvorsitzender)

---

Fuchsberger-Meyer  
(Schriftführerin)